



**Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für die
Teilrevision des Grossratsgesetzes und der Ge-
schäftsordnung des Grossen Rates**

Inhaltsverzeichnis

I. Ausgangslage und Anlass für die Revision.....	
II. Vernehmlassungsverfahren	
III. Erläuterungen zu den einzelnen Revisionspunkten	
1. Formelles	
2. Materielles.....	
a) Grossratsgesetz (GRG)	
Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	
Art. 7 Beginn der Amtsdauer	
Art. 18 Abs. 4 Ständige Kommissionen	
b) Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)	
Art. 16 lit. a Wahltermine, 1. Erneuerungswahlen.....	
c) Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)	
Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	
Art. 11 Abs. 4 lit. i Organisation, Verfahren und Zuständigkei- ten.....	
Art. 36 Abs. 1 Wortlautprotokoll.....	
Art. 38 Abs. 3 Mahlzeiten- und Übernachtungsentschädigung.....	
Art. 41a 2. Redaktionskommission	
Art. 42 Geschäftsprüfungskommission	
Art. 62 Stimmabgabe bei Sachgeschäften, a) Im Allgemeinen.....	
Art. 62b b) Elektronische Stimmabgabe	
Art. 62c c) Abstimmung durch Aufstehen	
Art. 73 Abs. 5 Einreichung und Überweisung (Parlamentarische Initia- tive)	
IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen	
V. Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR.....	
VI. Anträge.....	

Revisionsvorlagen

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG)

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

Geltendes Recht

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG)

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

Teilrevision des Grossratsgesetzes und der Geschäftsordnung des Grossen Rates

Chur, 27. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Präsidentenkonferenz unterbreitet Ihnen nachstehenden Bericht und Antrag für die Teilrevision des Grossratsgesetzes und der Geschäftsordnung des Grossen Rates.

I. Ausgangslage und Anlass für die Revision

Die letzten umfassenden Revisionen der Parlamentsgesetzgebung gehen auf die Jahre 1994, 2002 und 2005 zurück. Wesentliche Elemente der Reform von 1994 waren:

- Aufnahme neuer Initiativinstrumente wie Antrag auf Direktbeschluss und Parlamentarische Initiative sowie Institutionalisierung von Berichten der Regierung wie Regierungsprogramm und Finanzplan mit der Möglichkeit des Rates, zu diesen Berichten in einer eigenen Erklärung Stellung zu nehmen;
- Änderung des Sessionssystems von 4 wöchentlichen Sessionen zu 5 Sessionen (4 x 2½ Tage und 1 x 5 Tage);
- Ausbau der Präsidentenkonferenz zum Führungsorgan des Grossen Rates und schriftliche Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen;
- Personelle Erweiterung der Geschäftsprüfungskommission und Verstärkung der Informationsrechte der Ratsmitglieder und Kommissionen, Schaffung einer Justizkommission

(vgl. Bericht und Antrag der Kommission Parlamentsreform vom 24. November 1993; GRP Februar/März 1994, Mai 1994 sowie September 1994).

Kernpunkte der Reform von 2002, die am 1. Mai 2003 in Kraft getreten ist, waren:

- Änderung des Sessionssystems: 6 Sessionen zu jeweils 3 Tagen;
- Schaffung von 5 ständigen Legislativkommissionen und einer Strategiekommision für die Ausarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rates;
- Einführung der neuen parlamentarischen Instrumente des Auftrags sowie des Grundsatzbeschlusses;
- Schaffung eines Ratssekretariates;
- Verzicht auf die Schriftliche Anfrage und Einführung einer Fragestunde;
- Erhöhung der Entschädigungsansätze der Ratsleitung, der einzelnen Ratsmitglieder, der Kommissionen und der Fraktionen

(vgl. Bericht und Antrag der Kommission Parlamentsreform vom 12. Dezember 2001; GRP 2001/2002, 678).

Hauptanlass für die Revision der Parlamentsgesetzgebung 2005 bildete die am 1. Januar 2004 in Kraft getretene neue Kantonsverfassung (KV). Aufgrund der neuen Verfassung ergab sich auch für den Parlamentsbereich Handlungsbedarf. Nebst einem materiellen ergab sich aufgrund der Neuordnung der Rechtsetzungszuständigkeiten in der neuen KV auch ein formeller Anpassungsbedarf. Alle wichtigen Bestimmungen mussten im Sinne von Art. 31 Abs. 1 KV in ein Gesetz im formellen Sinn überführt werden. Konkret ging es um folgende Neuerungen der Kantonsverfassung, die auf gesetzgeberischer Ebene umzusetzen waren:

- Verlängerung der Amtsdauer des Grossen Rates von 3 auf 4 Jahre (Art. 23 KV)
- Verschiebung des Beginns der Amtsperiode auf 1. August (Art. 105 Abs. 1 Ziff. 1 KV);
- Beteiligung des Grossen Rates an der Vorbereitung wichtiger interkantonalen und internationalen Verträge (Art. 32 Abs. 3 KV);
- Einberufung des Grossen Rates durch ein Ratsorgan und nicht mehr durch die Regierung (Wegfall von Art. 22 aKV);
- Regelung der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Geschäftsprüfungskommission mit der Einsitznahme in Organe von Institutionen, welche der Oberaufsicht des Grossen Rates unterstehen (Motion Tscholl, GRP 5/2002-2003, 582; 6/2002-2003, 825);
- Neue Kompetenzregelung für die Geschäftsprüfungskommission beim Entscheid über Nachtragskreditgesuche gemäss Art. 20 Abs. 1 Finanzhaushaltsgesetz (Revision Junisession 2004)

(vgl. Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für den Erlass eines Grossratsgesetzes und für die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 19. September 2005; GRP Dezember 2005/2006, S. 818).

Die Revision 2005 hat sich bewährt und bedarf keiner grundsätzlichen Überarbeitung bzw. Neuordnung. Mit der vorliegenden Teilrevision des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) und der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO) sollen ein paar wenigen, in der Zwischenzeit eingetretenen, geänderten Bedürfnissen, die zugleich einen gesetzlichen Regelungsbedarf bedingen, Rechnung getragen werden. Im Einzelnen geht es um folgende neu zu regelnde Bereiche:

- Anpassung des Beginns der Amtsdauer nach den Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates;
- Flexiblere Regelung der Amtsdauer der Kommissionsvorsitzenden;
- Erweiterung des Anwendungsbereichs des Verteilschlüssels der Kommissionspräsidien auf die Kommissionsvizepräsidien;
- Überführung der langjährigen Praxis des im Vergleich zu den übrigen Kommissionen erhöhten Taggelds für die Mitglieder der Redaktionskommission in eine gesetzliche Bestimmung;
- Anpassung des Abstimmungsverfahrens im Grossen Rat an die beschlossene elektronische Abstimmungsanlage.

II. Vernehmlassungsverfahren

Aufgrund der geringen Tragweite und der fehlenden politischen Bedeutung der Revisionspunkte verzichtete die Präsidentenkonferenz auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens.

III. Erläuterungen zu den einzelnen Revisionspunkten

1. Formelles

Die Präsidentenkonferenz hat entschieden, die GRG- und die GGO-Teilrevision gleichzeitig und gesamthaft in einem einzigen Bericht dem Grossen Rat zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

2. Materielles

a) Grossratsgesetz (GRG; BR 170.100)

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 7

Der Beginn der Amtsdauer nach den Neuwahlen am 1. August hat sich nicht nur nicht bewährt, er hat vielmehr bei der Vorbereitung der Ratsgeschäfte für die Augustsession jeweils zu grossen Problemen geführt, weil die bisherigen Kommissionen ab 1. August nach den Neuwahlen rechtlich betrachtet nicht mehr im Amt waren und die Vorberatung der Geschäfte mit erheblichen Schwierigkeiten zeitlicher und organisatorischer Natur verbunden waren, zumal im Juli keine Kommissionssitzungen stattfinden. Dadurch wurde der Zeitrahmen zur Vorberatung der Ratsgeschäfte der Augustsession sehr eng und konnte nur mit äusserster Mühe und Not eingehalten werden. Bei der geltenden Regelung gibt es jeweils nach den Neuwahlen streng betrachtet eine kommissionslose Zeit, nämlich vom 1. August bis zur konstituierenden Sitzung am Mittwoch nach dem vierten Sonntag des Monats August. In dieser Interregnumszeit können mangels Existenz einer rechtsgültig bestellten Kommission keine Kommissionssitzungen stattfinden und keine verbindlichen Kommissionsbeschlüsse gefasst werden. Diese Konsequenz gilt selbst in Fällen höchster Dringlichkeit, weil das Parlamentsrecht keine Ausnahme vorsieht. Diese Folge ist vom Gesetzgeber nicht gewollt. Sie ist sachlich falsch und trägt den praktischen Bedürfnissen keine Rechnung.

Bei der Festlegung des Beginns der Amtsdauer auf den ersten Tag der Augustsession nach den Neuwahlen wird die beschriebene Problematik erheblich abgeschwächt und die Kommissionen sehen sich in der Lage, die Geschäfte innert nützlicher Frist und in der Regel ohne zeitliche Dringlichkeit zuhanden der Augustsession fundiert und ordnungsgemäss vorzubereiten. Rechtsgültige Kommissionsbeschlüsse sind zudem in der fraglichen Zeitspanne auch nicht mehr ausgeschlossen.

Art. 18 Abs. 4

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Fraktionen, die in einer Kommission mit nur einem Mitglied vertreten sind und zugleich das Kommissionspräsidium bekleiden, jeweils grosse Mühe bekunden, nach zwei Jahren einen geeigneten Nachfolger für dieses Amt zu finden. Diese Regelung ist zudem auch dem Gedanken der Kontinuität und Aufbau von Know-how nicht förderlich, muss doch die oder der Vorsitzende

der Kommission jeweils nach zwei Jahren aus der Kommission austreten, um der oder dem neuen Vorsitzenden aus der eigenen Fraktion Platz zu machen. Für die Präsidentenkonferenz ist es deshalb naheliegend, dass die entsprechende Gesetzesbestimmung dahingehend angepasst werden soll, dass die apodiktisch abgefasste Regelung, wonach die Amtsdauer maximal zwei Jahre beträgt, durch eine dem Einzelfall Rechnung tragende flexiblere Lösung abgelöst wird. Der Vorschlag der Präsidentenkonferenz eröffnet im Ausnahmefall die Möglichkeit, dass eine fähige und kompetente Persönlichkeit, die auch von der Kommission getragen wird, ihre Rolle als Kommissionvorsitzende bis zu einer Dauer von vier Jahren versehen kann. Diese Lösung trägt den unterschiedlichen Interessen Rechnung und ermöglicht auch kleinen Fraktionen, das Kommissionspräsidium zu beanspruchen und mit ausgewiesenen Fraktionsmitgliedern zu besetzen.

b) Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)

Art. 16 lit. a

Nachdem auch Art. 16 lit. a GPR den Amtsbeginn des Grossen Rates auf den 1. August nach den Wahlen stipuliert, muss entsprechend und folgerichtig auch diese Bestimmung im Sinne der Revision von Art. 7 GRG revidiert werden.

c) Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO; BR 170.140)

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 11 Abs. 4 lit. i

Gemäss geltendem Art. 11 Abs. 4 lit. i ist die Präsidentenkonferenz insbesondere zuständig für die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze und die Präsidien in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden. Die Bestimmung sagt nichts darüber aus, wie die Vizepräsidien zu handhaben sind. Dies beruht auf einem gesetzgeberischen Versehen und soll bei dieser Gelegenheit korrigiert werden. Nachdem die Präsidentenkonferenz bereits den Verteilschlüssel für die Fraktionssitze und die Präsidien festlegt, ist es naheliegend und logisch wenn ihr diese Kompetenz auch mit Bezug auf die Vizepräsidien zukommt. Das geltende Recht würde diese Auslegung (in maiore minus) wohl bereits heute zulassen. Im Sinne der Schaffung von Transparenz, Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schlägt die Präsidentenkonferenz vor, auch die Festlegung des Verteilschlüssels mit Bezug auf die Vizepräsidien ausdrücklich in Art. 11 Abs. 4 lit. i GGO zu verankern.

Art. 36 Abs. 1

Es entspricht nicht mehr den heutigen Gegebenheiten, dass die Verhandlungen des Grossen Rates auf Tonband aufgezeichnet werden. Vielmehr geschieht dies heute mittels elektronischer Datenträger.

Art. 38 Abs. 3

Diese Bestimmung kann ersatzlos gestrichen werden. Sie stammt aus der alten Geschäftsordnung und fand seit der Parlamentsrevision im Jahre 2002 nie Anwendung, namentlich auch nicht im Rahmen der Auswärtssession 2009. Es ist auch kein Grund ersichtlich, Sitzungen ausserhalb Chur entschädigungsmässig unterschiedlich zu handhaben als Sitzungen in Chur. Der aufzuhebende Abs. 3 widerspricht zudem Art. 41 Abs. 2 GGO, welcher bei Kommissionssitzungen (unabhängig vom Sitzungsort) eine Spesenentschädigung von 210 Franken vorsieht, falls der Wohnsitz nach Schluss der Kommissionssitzung bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht erreicht werden kann.

Art. 41a (neu)

Die Praxis, womit die sechs Mitglieder der Redaktionskommission für Sitzungen ausserhalb der Sessionen mit einem höheren Taggeld entschädigt werden als die Mitglieder der übrigen Kommissionen, reicht einige Jahrzehnte zurück. Der Grund für diesen Umstand liegt in der erhöhten zeitlichen und fachlichen Inanspruchnahme der Redaktionskommissionsmitglieder. Das Studium der sehr umfangreichen Entwürfe der Beschluss- und Wortlautprotokolle des Grossen Rates, der vom Grossen Rat verabschiedeten Erlasse und der grossrätlichen Abstimmungserläuterungen auf ihre inhaltliche und formelle Korrektheit und Richtigkeit, ist äusserst anspruchsvoll. Ferner muss berücksichtigt werden, dass die Redaktionskommissionsmitglieder einen hohen Aufwand für die Vorbereitungsarbeiten betreiben müssen. Um einen effizienten Sitzungsablauf zu gewährleisten, müssen die Kommissionsmitglieder die Traktanden jeweils sorgfältig schriftlich vorbereiten. Sachlich erscheint deshalb das zusätzliche Taggeld von 300 Franken (zusätzlich zum ordentlichen Taggeld von ebenfalls 300 Franken; total somit 600 Franken pro Kommissionssitzung ausserhalb der Sessionen) sicherlich gerechtfertigt. Diese Praxis konnte sich bis anhin nicht auf eine gesetzliche Grundlage stützen. Um dem Legalitätsprinzip zu genügen, ist es erforderlich, dass diese Praxis in einer gesetzlichen Regelung integriert wird. Der Erlass einer eigenen besonderen Bestimmung erscheint in diesem Fall sachlich der richtige Weg zu sein.

Art. 42 Marginalie

Wegen des Einfügens des neuen Art. 41a mit der Marginalie „2. Redaktionskommission“ ist die Ordnungsziffer der Marginalie von Art. 42 entsprechend anzupassen.

Art. 62

Die am 6. Dezember 2011 vom Grossen Rat beschlossene Anschaffung einer elektronischen Abstimmungsanlage bedingt zwangsläufig eine Anpassung der entsprechenden gesetzlichen Regeln über die Form und das Abstimmungsverfahren im Rat. Um mit dem elektronischen Abstimmungssystem rechtsgültig abstimmen zu können, bedarf es zunächst der Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Diese legt fest, dass die Stimmabgabe in der Regel mit dem elektronischen Abstimmungssystem erfolgt.

Für den Fall eines Ausfalls der elektronischen Abstimmungsanlage und für besondere Ausnahmefälle soll die Möglichkeit des Abstimmens durch Aufstehen beibehalten werden.

Art. 62a und b (neu)

Die Modalitäten des Abstimmungsverfahrens sind legislatorisch in neuen Artikeln zu normieren.

Art. 73 Abs. 5

Der Wortlaut des ersten Satzes von Art. 73 Abs. 5 soll verdeutlicht und in Einklang mit dem Wortlaut von Art. 72 Abs. 1 gebracht werden. Die Ausdrücke „erheblich erklärt“ (Art. 72) und „vorläufig unterstützt“ (Art. 73 Abs. 5) haben den identischen Sinngehalt und regeln ein in diesem Zusammenhang gleiches Verfahren. Der Wortlaut dieser zwei Bestimmungen ist deshalb im Interesse der Rechtsklarheit und eines einheitlichen rechtlichen Sprachgebrauchs in Übereinstimmung zu bringen.

IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Revision hat keinerlei finanzielle oder personelle Auswirkungen.

V. Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden in den vorliegenden Revisionen berücksichtigt.

VI. Anträge

Aufgrund vorstehender Erwägungen beantragt Ihnen die Präsidentenkonferenz:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG) zuzustimmen;
3. der Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Präsidentenkonferenz
des Grossen Rates:

Der Standespräsident: *Ueli Bleiker*

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 27. Februar
2012,

beschliesst:

I.

Das Gesetz über den Grossen Rat vom 8. Dezember 2005 wird wie folgt
geändert:

Art. 7

Die Amtsdauer beginnt jeweils am **ersten Tag der Augustsession** nach
den Neuwahlen.

Art. 18 Abs. 4

⁴ Die Amtsdauer für die Kommissionspräsidentinnen oder -präsidenten be-
trägt **in der Regel** zwei Jahre. Die ständigen Kommissionen konstituieren
sich selber.

Art. 72 Marginalie und Abs. 2

² **Das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden**
(GPR; BR 150.100) vom 17. Juni 2005 wird wie folgt geändert:

Art. 16 lit. a

Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

- a) die Regierungsrats- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahl
Kreispräsidentin beziehungsweise Kreispräsident sowie Stell-
vertreterin beziehungsweise Stellvertreter) für die **für die Regie-
rung** am 1. Januar des folgenden Jahres, **für den Grossen Rat am
ersten Tag der Augustsession und für die Kreispräsidien** am 1.
August des laufenden Jahres beginnende Amtsdauer gleichzeitig
in der Regel im Mai oder Juni;

Aufhebung und
Änderung bis-
herigen Rechts

II.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Diese Teilrevision tritt am 1. August 2012 in Kraft.

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung und Art. 69 des Gesetzes über den Grossen Rat,
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 27. Februar 2012,

beschliesst:

I.

Die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 8. Dezember 2005 wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 4 lit. i

⁴ Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

- i) die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze, (...) die Präsidien **und die Vizepräsidien** in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden;

Art. 36 Abs. 1

¹ Die Verhandlungen des Grossen Rates werden zusätzlich auf **einen Tonträger** aufgenommen und in einem Wortlautprotokoll schriftlich festgehalten.

Art. 38 Abs. 3

³ **Aufgehoben**

Art. 41a

Die Mitglieder der Redaktionskommission des Grossen Rates erhalten für ihre Anwesenheit bei Sitzungen, die nicht während der Session stattfinden, ein Taggeld von 600 Franken.

Art. 42 Marginalie

2. Redaktionskommission

3. Geschäftsprüfungskommission

Art. 62

¹ Während der Abstimmungen haben sich die Abgeordneten an ihren Plätzen aufzuhalten. **Es zählen nur Stimmen, die am eigenen Platz abgegeben werden.**

Stimmabgabe bei
Sachgeschäften
1. Im Allgemein-
nen

² Die Stimmabgabe erfolgt offen und mit dem elektronischen Abstimmungssystem. Bei defekter Anlage und in besonderen Fällen kann eine Abstimmung durch Aufstehen durchgeführt werden.

³ Ein Ratsmitglied hat seine Stimme abzugeben (Ja oder Nein) oder sich der Stimme zu enthalten.

⁴ In Begnadigungssachen oder wenn 25 Ratsmitglieder einem entsprechenden Antrag zustimmen, erfolgt die Abstimmung schriftlich und geheim.

⁵ Über unbestrittene Anträge wird nicht abgestimmt.

⁶ Die Standespräsidentin oder der Standespräsident gibt das Abstimmungsergebnis bekannt.

⁷ Aufgehoben

Art. 62a

¹ Die elektronische Abstimmungsanlage zählt und speichert die abgegebenen Stimmen und die Stimmenthaltungen bei jeder Abstimmung. Das Stimmverhalten der Ratsmitglieder und das Resultat werden auf Anzeigetafeln angezeigt.

2. Elektronische
Stimmabgabe

² Die Ergebnisse der Schlussabstimmungen werden auf Namenslisten ausgedruckt und gespeichert. Die Namenslisten werden öffentlich zugänglich gemacht.

Art. 62b

Bei offenen Abstimmungen durch Aufstehen ermitteln die Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler die Abstimmungsergebnisse und melden diese der Protokollführerin oder dem Protokollführer zuhänden der Standespräsidentin oder des Standespräsidenten.

3. Abstimmung
durch Aufstehen

Art. 73 Abs. 5

⁵ Die Standespräsidentin oder der Standespräsident stellt nach der Beratung durch Abstimmung fest, ob die parlamentarische Initiative von der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder **erheblich erklärt** wird. Trifft dies zu, wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

II.

Diese Teilrevision tritt am 1. August 2012 in Kraft.

Lescha davart il cussegl grond (LCG)

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista dal rapport da la conferenza da las presidentas e dals presidents dals 27 da favrer 2012,

concluda:

I.

La lescha davart il cussegl grond dals 8 da december 2005 vegn midada sco suonda:

Art. 7

La perioda d'uffizi cumenza mintgamai **l'emprim di da la sessiun d'avust** suenter las novas elecziuns.

Art. 18 al. 4

⁴ Per las presidentas e per ils presidents da **las cumissiuns** importa la perioda d'uffizi **per regla** dus onns. Las cumissiuns permanentas sa consti-tueschan sezzas.

Art. 72 marginala ed al. 2

² **La lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC; DG 150.100) dals 17 da zercladur 2005 vegn midada sco suonda:**

Art. 16 lit. a

Las elecziuns da renovaziun han lieu ils suandants termins:

- a) las elecziuns da la regenza e las elecziuns circuitalas (elecziuns dal cussegl grond ed elecziuns da la presidenta circuitala respectivamain dal president circuital e da sia suppleanta respectivamain da ses suppleant) (...) il medem mument per regla il matg u il zer-cladur, **e quai per la perioda d'uffizi da la regenza che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint, dal cussegl grond che cumenza l'emprim di da la sessiun d'avust e dals presidis circuitals che cumenza il 1. d'avust da l'onn current;**

Aboliziun e
midada dal
dretg vertent

II.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

Questa revisiun parziala entra en vigur il 1. d'avust 2012.

Urden da gestiun dal cussegl grond (UGCG)

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala e sin l'art. 69 da la lescha davart il cussegl grond, suenter avair gi invista dal rapport da la conferenza da las presidentas e dals presidents dals 27 da favrer 2012,

concluda:

I.

L'urden da gestiun dal cussegl grond dals 8 da december 2005 vegn midà sco suonda:

Art. 11 al. 4 lit. i

⁴ La conferenza da las presidentas e dals presidents è spezialmain cumpe-tenta per:

- i) fixar la clav da repartiziun, tenor la quala ils mandats, (...) ils presidis **ed ils vicepresidis** en las cumissiuns vegnan repartids sin las frac-ziuns durant la perioda d'uffizi;

Art. 36 al. 1

¹ Las tractativas dal cussegl grond vegnan ultra da quai registradas sin **in portatun** e nudadas en scrit en in protocol verbal.

Art. 38 al. 3

³ **aboli**

Art. 41a

Per lur preschientscha a las sesidas che han lieu ordaifer las sessiuns survegnan las commembras ed ils commembers da la cumissiun da redacziun dal cussegl grond ina schurnada da 600 francs.

Art. 42 marginala

2. cumissiun
da redacziun

3. cumissiun
da gestiun

Art. 62

¹ Durant las votaziuns ston las commembras ed ils commembers dal cussegl grond esser en lur plazzas. **Quintar quintan mo las vuschs che vegnan dadas en l'atgna piazza.**

Votaziun tar
fatschentas
1. en general

² La votaziun ha lieu avertamain e cun il sistem da votaziun electronic. Sch'il sistem è defect ed en cas speziels po la votaziun avair lieu cun s'auzar.

³ Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond ston dar giu lur vusch (gea u na) u s'abstegnair da lur vusch.

⁴ En chaussas da grazia u sche 25 commembras e commembers dal cussegl grond acceptan ina dumonda correspundenta, ha la votaziun lieu en scrit e tras scrutini.

⁵ Davart propostas incontestadas na vegni betg votà.

⁶ La presidenta u il president dal cussegl grond communitgescha il resultat da la votaziun.

⁷ abolì

Art. 62a

¹ Il sistem da votaziun electronic dumbra ed arcuna a chascun da mintga votaziun las vuschs dadas sco er las abstenziuns. Il cumportament da votaziun da las commembras e dals commembers dal cussegl grond sco er il resultat vegnan mussads sin tavlas d'infurmaziun.

2. votaziun
electronica

² Ils resultats da las votaziuns finalas vegnan stampads sin glistas da nums ed arcanads. Las glistas da nums vegnan rendidas accessiblas publicamain.

Art. 62b

En cas da votaziuns avertas cun s'auzar erueschan las dumbravuschs ed ils dumbravuschs ils resultats da las votaziuns ed annunzian quels a la protocollista u al protocollist per mauns da la presidenta u dal president dal cussegl grond.

3. votaziun
cun s'auzar

Art. 73 al. 5

⁵ Sunter la tractativa eruescha la presidenta u il president dal cussegl grond tras votaziun, sche l'iniziativa parlamentara vegn **declerada sco relevanta** da la maioritad da las commembras e dals commembers dal cussegl grond ch'en preschents. Sche quai è il cas, vegn l'iniziativa assegnada ad ina cumissiu per la predeliberaziun.

II.

Questa revisiun parziala entra en vigur il 1. d'avust 2012.

Legge sul Gran Consiglio (LGC)

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,
visto il rapporto della Conferenza dei presidenti del 27 febbraio 2012,

decide:

I.

La legge sul Gran Consiglio dell'8 dicembre 2005 è modificata come segue:

Art. 7

Il periodo di carica inizia il **primo giorno della sessione di agosto** che segue le nuove elezioni.

Art. 18 cpv. 4

⁴ Il periodo di carica dei presidenti delle commissioni è limitato **di norma** a due anni. Le commissioni permanenti si costituiscono autonomamente.

Art. 72 titolo marginale e cpv. 2

² **La legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC; CSC 150.100) del 17 giugno 2005 è modificata come segue:**

Art. 16 lett. a

Il rinnovo delle nomine ha luogo nelle seguenti date:

- a) le elezioni del Governo e di circolo (elezioni del Gran Consiglio **ed** elezione del presidente di circolo, nonché del supplente) per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente **per il Governo, dal primo giorno della sessione di agosto per il Gran Consiglio e dal 1° agosto dell'anno in corso per le presidenze dei circoli** contemporaneamente di regola a maggio o giugno;

II.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

La presente revisione parziale entra in vigore il 1° agosto 2012.

Abrogazione e
modifica del
diritto previgente

Regolamento organico del Gran Consiglio (ROGC)

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale e l'art. 69 della legge sul Gran Consiglio;

visto il rapporto della Conferenza dei presidenti del 27 febbraio 2012,

decide:

I.

Il regolamento organico del Gran Consiglio dell'8 dicembre 2005 è modificato come segue:

Art. 11 cpv. 4 lett. i

⁴ La Conferenza dei presidenti è competente in particolare per:

- i) la determinazione della chiave di ripartizione, in base alla quale durante il periodo di carica i seggi, (...) le presidenze **e le vicepresidenze** nelle commissioni vengono ripartiti tra le frazioni;

Art. 36 cpv. 1

¹ I dibattiti in Gran Consiglio vengono inoltre registrati su **un supporto audio** e trascritti in un processo verbale.

Art. 38 cpv. 3

³ **Abrogato**

Art. 41a

I membri della Commissione di redazione del Gran Consiglio ricevono una diaria di 600 franchi per la loro presenza a sedute che non si tengono durante la sessione.

2. Commissione di redazione

Art. 42 Titolo marginale

Art. 62

¹ Quando si vota i deputati devono rimanere ai loro posti. **Contano soltanto i voti espressi dal proprio posto.**

3. Commissione della gestione

Votazione su oggetti
1. In generale

² Le votazioni si svolgono a scrutinio aperto mediante procedimento elettronico. In caso di difetto del dispositivo e in casi particolari, la votazione può avvenire per alzata e seduta.

³ Un deputato deve esprimere il suo voto (sì o no) oppure astenersi dal voto.

⁴ La votazione avviene in forma scritta e segreta in questioni relative a domande di grazia oppure se 25 deputati accolgono una proposta in tal senso.

⁵ Non si vota in merito a proposte incontestate.

⁶ Il presidente del Gran Consiglio comunica il risultato della votazione.

⁷ Abrogato

Art. 62a

2. Voto elettronico

¹ Il dispositivo per il voto elettronico conta e registra i voti emessi e le astensioni durante ogni votazione. I voti dei deputati e il risultato della votazione appaiono su tabelloni elettronici.

² I risultati delle votazioni finali vengono stampati sotto forma di elenco nominativo e salvati. Gli elenchi nominativi sono resi accessibili al pubblico.

Art. 62b

3. Votazione per alzata e seduta

In caso di votazioni aperte per alzata e seduta, gli scrutatori accertano i risultati delle votazioni e li comunicano al responsabile del protocollo a destinazione del presidente del Gran Consiglio.

Art. 73 cpv. 5

⁵ A deliberazione avvenuta il presidente del Gran Consiglio accerta con votazione se l'iniziativa parlamentare è **dichiarata rilevante** dalla maggioranza dei deputati presenti. Se è il caso, l'iniziativa viene trasmessa ad una commissione per l'esame preliminare.

II.

La presente revisione parziale entra in vigore il 1° agosto 2012.

Auszug aus dem geltenden Recht

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden ¹⁾,

gestützt auf Artikel 27 Absatz 5, 28 Absatz 3, 31, 32 Absatz 3 und 49 Absatz 2 der Kantonsverfassung ²⁾,
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

I Wahl und Konstituierung

Art. 7

Die Amtsdauer beginnt jeweils am 1. August nach den Neuwahlen.

Beginn der
Amtsdauer

II. Organisation

4. KOMMISSIONEN

Art. 18

¹⁾ Der Grosse Rat wählt zu Beginn jeder Amtsperiode aus der Ratsmitte die Mitglieder der ständigen Kommissionen. In Aufsichtskommissionen wählbar sind alle Grossratsmitglieder, die nicht mit einem Mitglied der Regierung oder der Gerichte im Sinne der Ausstandsordnung verwandt oder verschwägert sind.

Ständige
Kommissionen

²⁾ Er legt die Kommissionsgrössen selbstständig fest, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung bestimmt sind.

³⁾ Die Amtsdauer der Kommissionsmitglieder beträgt vier Jahre.

¹⁾ GRP 2005/2006, 818

²⁾ BR 110.100

⁴ Die Amtsdauer für die Kommissionspräsidentinnen oder -präsidenten beträgt maximal zwei Jahre. Die ständigen Kommissionen konstituieren sich selber.

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden ¹⁾,

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung ²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005 ³⁾,

beschliesst:

II. Wahlen und Abstimmungen

2. ANORDNUNG DER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Art. 16

Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

- a) die Regierungsrats- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahl Kreispräsidentin beziehungsweise Kreispräsident sowie Stellvertreterin beziehungsweise Stellvertreter) für die am 1. Januar des folgenden Jahres beziehungsweise dem 1. August des laufenden Jahres beginnende Amtsdauer gleichzeitig in der Regel im Mai oder Juni;
- b) die Bezirksgerichtswahlen in der Regel in den Monaten März, April, Mai oder Juni für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende Amtsdauer;
- c) die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen und für dieselbe Amtsdauer in der Regel am zweitletzten Sonntag im Oktober;
- d) die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände in der Regel ein halbes Jahr vor Ablauf der Amtsdauer.

Wahltermine
1. Erneuerungswahlen

¹⁾ GRP 2005/2006, 144

²⁾ BR 110.100

³⁾ Seite 3

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

vom 8. Dezember 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden ¹⁾,

gestützt auf Artikel 32 Absatz 1 der Kantonsverfassung ²⁾ und Artikel 69 des Gesetzes über den Grossen Rat ³⁾,
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

II. Organisation

2. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 11

Organisation,
Verfahren und
Zuständigkeiten

¹ Die Präsidentenkonferenz tagt auf Einladung und unter dem Vorsitz der Standespräsidentin oder des Standespräsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern.

² Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor und die Leiterin oder der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratenden Stimmen teil.

³ Bei Stimmengleichheit steht der vorsitzenden Person der Stichentscheid zu. Im Übrigen ordnet die Konferenz das Verfahren bei Abstimmungen selbstständig.

⁴ Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

- a) die Koordination der Ratsarbeit, insbesondere die Gewährleistung der Zusammenarbeit und der Information der Kommissionen;
- b) die Zuweisung von Geschäften zur Vorbereitung an die Kommissionen;
- c) die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grosse Rat und Regierung;
- d) die Festsetzung der Traktandenliste;
- e) die Festsetzung der Sitzungszeiten und Sitzungsdauer;

¹⁾ GRP 2005/2006, 818

²⁾ BR 110.100

³⁾ BR 170.100

- f) den Entscheid über die Vor- oder Nachverlegung einer Session;
- g) den Entscheid über den Verzicht auf eine Session;
- h) die Festsetzung von Zeitpunkt und Dauer von ausserordentlichen Sessionen;
- i) die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze und die Präsidien in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden;
- j) die Antragstellung an den Grossen Rat auf Vorschlag der Fraktionen bezüglich der Wahl der Mitglieder sowie der Grösse der ständigen und nichtständigen Kommissionen;
- k) die Wahl der Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
- l) die Ergänzung bereits bestellter Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
- m) die Festsetzung des Turnus zwischen den Fraktionen bei der Bestellung des Standespräsidiums;
- n) die Antragstellung an den Grossen Rat über die Dringlicherklärung von Anfragen;
- o) die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Aufwendungen;
- p) die formelle Prüfung der parlamentarischen Vorstösse sowie ihre allfällige Überweisung an ein Ratsorgan;
- q) den Entscheid über Auskunft- und Akteneinsichtsbegehren der Ratsmitglieder nach Anhören der Regierung;
- r) die Wahl von drei Stimmenzählenden;
- s) die Bestellung von besonderen Stimmenzählenden zur Durchführung von Wahlen;
- t) die Durchführung besonderer Anlässe des Grossen Rates;
- u) ¹⁾die Vorbereitung der Wahlen gemäss Artikel 57 des Gesetzes ²⁾, soweit nicht eine Kommission zuständig ist;
- v) weitere Geschäfte, die ihr der Rat zuweist.

5. RATSDIENSTE UND PROTOKOLLFÜHRUNG

Art. 36

¹ Die Verhandlungen des Grossen Rates werden zusätzlich auf Tonband Wortlautprotokoll aufgenommen und in einem Wortlautprotokoll schriftlich festgehalten.

² Das Wortlautprotokoll liegt 20 Tage nach Sessionsende für die Ratsmitglieder beim Ratssekretariat zur Einsicht auf. Auf Begehren wird ein Protokollauszug zugesandt. Die Mitglieder der Regierung erhalten mit der

¹⁾ Fassung gemäss VO über die Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Verordnungen im Zusammenhang mit dem Erlass des GOG, Art 2, Ziff. 1, AGS 2007, KA 1043; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

²⁾ BR 170.100

Auflage des Protokolls einen Protokollauszug über jene Geschäfte, die sie selber vor dem Grossen Rat vertreten haben.

³ Über die Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Wortlautprotokolls entscheidet die Redaktionskommission.

6. ENTSCHÄDIGUNG DER RATSMITGLIEDER UND FRAKTIONEN

A. *Ratsmitglieder*

Art. 38

Mahlzeiten- und
Übernachtungs-
entschädigung

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten für jede Sitzung in Chur eine Mahlzeitenentschädigung von 60 Franken und im Falle der Übernachtung eine zusätzliche Entschädigung von 150 Franken.

² Die Übernachtungsentschädigung entfällt für Mitglieder, die in einem Umkreis von 25 Kilometer Fahrstrecke wohnen.

³ Bei Sitzungen ausserhalb von Chur erhalten alle Mitglieder des Grossen Rates eine Spesenentschädigung von 130 Franken je Sitzungstag.

⁴ Als Wohnsitz gilt der Ort, wo die Ausweisschriften hinterlegt sind.

⁵ Die Standespräsidentin oder der Standespräsident und die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident haben Anspruch auf Entschädigung der effektiven Auslagen, die ihnen aus Repräsentationspflichten entstehen.

B. *Kommissionen*

Art. 41

Taggeld und
Spesenent-
schädigung
1. Im Allge-
meinen

¹ Die Mitglieder der Kommissionen des Grossen Rates erhalten für ihre Anwesenheit bei Sitzungen, die nicht während der Session stattfinden, die gleichen Taggelder und Spesenentschädigungen wie die Ratsmitglieder während der Session. Die Präsidentinnen und Präsidenten der ständigen Kommissionen erhalten zusätzlich 1 000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

² Die Spesenentschädigung beträgt für die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session 60 Franken. Kann der Wohnsitz nach Schluss der Kommissionssitzung bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht erreicht werden, beträgt die Spesenentschädigung 210 Franken. Das Gleiche gilt, wenn ein Ratsmitglied bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht rechtzeitig zur Kommissionssitzung erscheinen kann.

³ Für die Reise zu solchen Sitzungen haben die Mitglieder Anspruch auf eine Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen.

⁴ Die Präsidentenkonferenz kann Kommissionspräsidenten oder allenfalls auch andern Kommissionsmitgliedern bei besonders starker Inanspruchnahme ausnahmsweise eine zusätzliche Entschädigung zusprechen.

Art. 42

¹ Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, welche an mindestens zwei Drittel der Sitzungen eines Amtsjahres teilnehmen, haben zudem Anspruch auf ein Fixum von 4 000 Franken je Amtsjahr. Die Präsidentin oder der Präsident erhält zusätzlich 1 000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

2. Geschäfts-
prüfungs-
kommission

² Hinsichtlich der Spesen- und Reiseentschädigung bei Sitzungen ist die für andere Kommissionen geltende Regelung anwendbar. Davon ausgenommen sind Augenscheine und Besichtigungen, bei welchen die effektiven Spesen vergütet werden.

III. Allgemeine Verfahrensordnung

3. ABSTIMMUNGEN

Art. 62

¹ Während der Abstimmungen haben sich die Abgeordneten an ihren Plätzen aufzuhalten.

Stimmabgabe bei
Sachgeschäften

² Die Stimmabgabe erfolgt bei offenen Abstimmungen durch Aufstehen.

³ Es zählen nur Stimmen, die am eigenen Platz abgegeben werden.

⁴ Die Stimmzählerinnen oder Stimmzähler ermitteln die Abstimmungsergebnisse und melden diese der Protokollführerin oder dem Protokollführer zuhanden der Präsidentin oder des Präsidenten.

⁵ Wenn 25 Mitglieder einem entsprechenden Antrag zustimmen, erfolgt die Abstimmung geheim.

⁶ Bei der Schlussabstimmung über Verfassungsvorlagen und Gesetzesentwürfe werden auch die Stimmenthaltungen gezählt und protokolliert.

⁷ In Begnadigungssachen erfolgt die Abstimmung geheim.

IV. Verhandlungsgegenstände**1. PARLAMENTERISCHE VORSTÖSSE***F. Parlamentarische Initiative***Art. 73**

Einreichung und
Überweisung

¹ Parlamentarische Initiativen werden schriftlich eingereicht.

² Sie sind mit einer Begründung zu versehen und werden sämtlichen Ratsmitgliedern nach der Einreichung zur Kenntnis gebracht.

³ Die Präsidentenkonferenz weist nach Anhören der Regierung eine parlamentarische Initiative zurück, wenn:

- a) sie sich auf einen Gegenstand bezieht, welcher schon als Ratsgeschäft hängig ist;
- b) der Gegenstand von der Regierung als Vorlage vorbereitet und innerhalb eines halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

⁴ Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

⁵ Die Ständespräsidentin oder der Ständespräsident stellt nach der Beratung durch Abstimmung fest, ob die parlamentarische Initiative von der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder vorläufig unterstützt wird. Trifft dies zu, wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.